

Rechenschaftsbericht des XX. Landeselternbeirats von Hessen



Landeselternbeirat von Hessen

Dostojewskistraße 8

65187 Wiesbaden

Telefon 0611 44575210

www.leb-hessen.de

www.facebook.com/Landeselternbeirat

Inhalt

- Vorbemerkung
- Mitglieder des XX. LEB
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit
- Geschäftsstelle des Landeselternbeirats
 - Finanzen
 - Elternbroschüre
- Veranstaltungen, Fachabende und Vorträge
- Sitzungen und Treffen
 - Beschlüsse
- Mitgliedschaften
 - Bildungsgipfel
 - Enquetekommission
 - Elan
 - HAGE
- Gesetze, Richtlinien und Verordnungen
- Themenauswahl
 - Demografischer Wandel
 - Gebärdensprache
 - G8 / G9
 - Inklusion
 - Islamische Religion
 - Jugendmedienschutz
 - Kinder nichtdeutscher Herkunft
 - Schülerbeförderung
 - Schulsozialarbeit
 - Wahlprüfsteine
- Wahlprüfungskommission
- Internet
- Resümee
- Anlagen

Vorbemerkung

Der XX. Landeselternbeirat wurde am 24. Juni 2012 erstmals in der Landeshauptstadt Wiesbaden gewählt. In seiner XX. Legislaturperiode (Juni 2012 bis Mai 2015) beschäftigte er sich mit einer Vielzahl von Themen, Verordnungen, Gesetze und Richtlinien. Gemeinsam haben sich alle Schulformvertreter im Landeselternbeirat mit viel Kraft, Energie und Ausdauer

„für eine bessere Schule“

eingesetzt und das Recht der hessischen Eltern zur Mitbestimmung an der Schule im Sinne der Schülerinnen und Schüler mit Leben gefüllt.

Dieser Rechenschaftsbericht fasst die Tätigkeiten des XX. Landeselternbeirats schulformübergreifend zusammen. Vorherige Rechenschaftsberichte sind auf der Webseite des Landeselternbeirats abrufbar:

<http://leb-hessen.de/startseite/veroeffentlichungen/bilanzen-und-berichte/>.

Das Thema Wahlen beschäftigte das Gremium über die gesamte Legislaturperiode. Nach der zunächst eigenen Wahl im Juni 2012 ging es mit der Landtagswahl 2013, Durchführungen von Kreiselternbeiratswahlen, Vorstandswahlen und der Vorbereitung der Neuwahlen im Jahr 2014 weiter.

Wie sehr Landtagswahlen die Elternvertretungen beeinflusst, zeigt sich nicht nur beim Landeselternbeirat. Mit Bestürzung wurde festgestellt, dass regionale Elternvertreterinnen und Elternvertreter schutzlos in den Wahlkampfsog einbezogen werden.

Einige Elternvertretungen haben ihre Elternarbeit während des Wahlkampfes bewusst ohne Presse veranstaltet, damit keine parteibewertenden Aussagen in der Presse erscheinen. Ein selbst auferlegter politischer „Maulkorb“. Das ist für die verfasste hessische Elternvertretung ein ernsthaftes Problem, das intensiv besprochen werden muss. Denn gerade in Wahlzeiten müssen Eltern auch politische Aussagen aufgreifen und bewerten dürfen.

Allerdings gab es auch bei Elternvertretungen „wahltaktische“ Überlegungen, die letztlich dazu geführt haben, dass der lokal zuständige Kreiselternbeirat ein bereits geplantes Treffen mit der Kultusministerin eigenständig abgesagt hat.

In zwei hessischen Landkreisen gab es seit Längerem keine Kreiselternbeiratswahlen und somit keine Ansprechpartner für Elternbeiräte. Die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle haben die Wahlen im Werra-Meißner-Kreis und im Vogelsbergkreis vorbereitet und durchgeführt. Beide Kreiselternbeiräte haben sich konstituiert und einen Vorstand gewählt und arbeiten seitdem aktiv in der Elternarbeit.

Bei so vielen Wahlen in einer Amtszeit zeigt sich aber auch, dass viele Elternvertreter auf den unterschiedlichen Schulebenen mit den Vertreter- und Delegiertenwahlen irritiert bis überfordert sind. Die bürokratischen Vorgehen und die intensive Vorbereitungszeit wurden oft bemängelt. Hier wird angeregt, gemeinsam mit dem Kultusministerium eine einfachere Lösung zu finden.

Mitglieder des XX. Landeselternbeirats:

Die Vertreter des XX. Landeselternbeirats wurden am 24.06.2012 in Wiesbaden gewählt. Das Gremium konstituierte sich direkt im Anschluss dieser Wahlen. In der konstituierenden Sitzung wurde Kerstin Geis als Vorsitzende sowie Steffen During und Matthias Bedürftig als ihre Stellvertreter gewählt.

Nach dem Ausscheiden von Kerstin Geis und Steffen During fand eine Neuwahl statt. Hier wurde Matthias Bedürftig als Vorsitzender, Karen Anschütz und Reiner Pilz als Stellvertreter gewählt.

Während der Legislaturperiode gab es einige personelle Wechsel, die in verschiedenen persönlichen oder gesetzlichen Gründen, der Volljährigkeit der Kinder, Verlust der Wählbarkeit oder Schulformwechsel, begründet waren.

Name	Schulform	Amts-dauer	Nachrücker	Amts-dauer
Horst Eigenwillig	Grundschulen	25.06.2012- 09.05.2015		
Thomas Flach	Grundschulen	25.06.2012- 11.10.2014	Stephan Wassmuth	12.10.2014- 09.05.2015
Reiner Pilz	Grundschulen	25.06.2012- 09.05.2015		
Uwe Böhnert	Hauptschulen	25.06.2012- 19.12.2013		
Monika Weber	Hauptschulen	25.06.2012- 17.01.2013	Gerda Marburger	18.01.2013- 31.07.2014
Joachim Reifenberg	Realschulen	25.06.2012- 09.05.2015		
Claudia Schlafke	Realschulen	25.06.2012- 27.11.2013	Martina Gilbert	28.11.2013- 09.05.2015
Kerstin Geis	Integrierte Gesamt-schulen	25.06.2012- 31.07.2014	Ulrike Zapp	01.08.2014- 09.05.2015
Christina Wenker-Burry	Integrierte Gesamt-schulen	25.06.2012- 17.09.2014	Joachim Moritz	18.09.2014- 09.05.2015
Karen Anschütz	Kooperative Ge-samtschulen	25.06.2012- 09.05.2015		
Heinz Peeters	Kooperative Ge-samtschulen	25.06.2012- 10.10.2014	Beate Fabian	11.10.2014- 09.05.2015
Christine Hauck	Gymnasien	25.06.2012- 09.05.2015		

Ulrike Tönges	Gymnasien	25.06.2012- 09.05.2015		
Matthias Bedürftig	Ersatzschulen	25.06.2012- 09.05.2015		
Steffen During	Förderschulen	25.06.2012- 27.11.2013	Mehmet Aykan	28.11.2013- 09.05.2015
Melanie Raas	Förderschulen	25.06.2012- 08.01.2013	Heinz Buschmann	09.01.2013- 25.07.2014 (als Berater bis 7.11.2014)
Jürgen Beck	Berufliche Schulen	25.6.2012- 16.12.2012	Katja Spengler	17.12.2012- 09.05.2015
Walter Quanz	Berufliche Schulen	25.6.2012- 09.05.2015		

An dieser Stelle möchten wir allen Elternvertretern im Landeselternbeirat herzlich für ihr Engagement und ihre Bereitschaft sich ehrenamtlich für das Wohl unserer Kinder einzusetzen, danken.

Besonderer Dank gilt Kerstin Geis, die sich seit Juni 2006 als Vorsitzende des Landeselternbeirats von Hessen sehr aktiv im Landeselternbeirat für die Umsetzung der hessischen Elternrechte eingesetzt hat.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der XX. Landeselternbeirat bedankt sich bei allen Gremien und Institutionen, Unterstützern und beteiligten Eltern für eine erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Insbesondere die Zusammenarbeit mit den Kreis- und Stadtelternbeiräten, der Landesschülervertretung und dem Hessischen Kultusministerium waren konstruktiv und geprägt von einem guten Miteinander.

Dank gilt auch der Kultusministerin Nicola Beer bzw. ihrem Nachfolger Prof. Dr. Alexander Lorz, die mit einem regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Vorstand des Landeselternbeirat eine gute Investition in eine vertrauensvolle Zusammenarbeit getätigt haben.

Geschäftsstelle des Landeselternbeirats

Die Geschäftsstelle des Landeselternbeirats ist seit März 2012 in den Büroräumen des Finanzamtes Wiesbaden untergebracht. Einige Unklarheiten, die nach dem Umzug auftauchten, konnten in einem gemeinsamen Gespräch mit dem HKM, den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle und dem Hessischen Immobilienmanagement (HI) besprochen werden. Der zusätzliche Sitzungsraum der Geschäftsstelle wird derzeit umgebaut und kann daher nicht genutzt werden. Das HI wird zukünftig darauf achten, dass auch die Geschäftsstelle über anstehende Arbeiten und Termine informiert wird. Die Sicherheitsleute sind darauf hingewiesen worden, dass wir auch nach 20:00 Uhr in unseren Räumlichkeiten verweilen dürfen (Montag- Freitag).

Die gewünschten und zunächst versprochenen Zugangszeiten am Wochenende können jedoch nicht umgesetzt werden. Hier müssten mit erheblichen Kosten für einen Umbau gerechnet werden, damit der Zugang komplett vom Rest des Finanzamtes getrennt wäre.

In der Geschäftsstelle wurden Regale für das Archiv angeschafft und aufgebaut. Der alte, über-
teuerte Leasingvertrag für den Kopierer konnte gekündigt werden. Nach Absprache mit dem Kultusministerium wurde ein neuer Kopierer gekauft. Zusätzlich wurde ein Wartungsvertrag abgeschlossen, um Reparatur- und Folgekosten niedrig zu halten.

Für die zwei Arbeitsplätze wurden neue PCs (2012 und 2015) angeschafft.

Finanzen

Dem Landeselternbeirat wurden von 2012-2014 insgesamt 147.000 Euro an Landesmittel bewilligt. Hierin sind die Kosten für die Landeselternbeiratswahl 2012 und die Kosten für die Neuauflage der Elternbroschüre „Worüber Eltern informiert sein sollten“ enthalten. Durch sparsame und sachgerechte Mittelverwaltung war es möglich, die Kosten relativ gering zu halten. Den Einnahmen stehen Kosten in Höhe von insgesamt 116.118,07 Euro gegenüber. Die nicht verbrauchten Mittel wurden ordnungsgemäß an das Hessische Kultusministerium zurück überwiesen.

Für das **elan**-Projekt wurden dem Landeselternbeirat für den Zeitraum 2012-2014 insgesamt 128.800 Euro zugewiesen. Dem stehen 109.075,79 Euro an Ausgaben gegenüber. Auch hier wurden die nicht verbrauchten Mittel dem Hessischen Kultusministerium zurück überwiesen.

Elternbroschüre

Nach einigen Fehlanläufen, die Broschüre „Worüber Eltern informiert sein sollten“ zu überarbeiten, hat die Geschäftsführerin die Broschüre neu erstellt. Hauptsächlich außerhalb der Arbeitszeiten, um den Betriebsablauf nicht zu stören. Die Broschüre wurde doppelt so umfangreich wie ursprünglich geplant und damit leider auch doppelt so teuer. Das Hessische Kultusministerium hat jedoch ohne Zögern den finanziellen Mehraufwand genehmigt. Die Broschüre wurde in einer Auflage von 5.000 Stück gedruckt und wird kostenfrei an interessierte Eltern abgegeben. Bis zum Jahresende 2014 wurden etwa 3.000 Elternbroschüren abgegeben.

Der Jugendmedienschutzflyer, den der Landeselternbeirat in Kooperation mit Günter Step-pich, dem Jugendmedienschutzbeauftragten des Staatlichen Schulamtes Wiesbaden, veröffentlicht wird ebenfalls sehr stark nachgefragt. Hier wurde dreimal ein Nachdruck in Höhe von je 5.000 Stück bestellt.

Veranstaltungen, Fachabende und Vorträge

Der XX. LEB hat für interessierte Eltern verschiedene Fachvorträge und Veranstaltungen durchgeführt. Den Beginn machte ein erstmals durchgeführtes Seminar für die neu gewählten Landeselternbeiräte selbst - „Elternrecht und Elternmitwirkung“.

Es wurden Fachabende zu den Themen

- Wie finanziert sich Schule
- G8/G9
- Demografischer Wandel und
- Jugendmedienschutz

durchgeführt, sowie drei Hessische Elternforen zu den Themen

- Kein Raum für Missbrauch
- Länger gemeinsam lernen - integrierte Schulsysteme in Hessen und
- Medienschutz – gefällt mir!

Zu den jeweiligen Elternforen sind ausführliche Berichte auf unserer Webseite hinterlegt:

<http://leb-hessen.de/fuer-eltern/elternforen/>

Darüber hinaus gab es verschiedene Fachvorträge, beispielsweise zum E-Learning Konzept der Koordinierungsstelle Gewaltprävention, Schulpsychologie in Hessen und Informatikunterricht, die dem Gremium zur Meinungs- und Wissensbildung diente.

Sitzungen und Treffen

Der Landeselternbeirat hat in seiner Legislaturperiode 22 Sitzungen und 8 gemeinsame Treffen mit den Vorständen der Kreis- und Stadtelternbeiräte durchgeführt. Es gab fünf Beratungssitzungen der Ausschüsse IGSen, Förderschulen und Ersatzschulen und zusätzliche Treffen der Arbeitsgruppe Inklusion und Medien AG. Ab dem zweiten Halbjahr 2014 kamen die Arbeitssitzungen der Bildungsgipfel-AG'en und der Enquetekommission hinzu. Darüber hinaus traf sich der Vorstand regelmäßig in der Geschäftsstelle oder hielt eine Telefonkonferenz ab.

Bereits Tradition sind die gemeinsamen Treffen der Kreis- Stadt- und Landeselternbeiräte mit der Kultusministerin / dem Kultusminister. Je ein Kreis- bzw. Stadtelternbeirat wird mit der Organisation beauftragt. In der vergangenen Legislaturperiode haben die Kreiselternbeiräte Groß-Gerau, Wetterau und Offenbach je ein gemeinsames Treffen mit der Kultusministerin Beer bzw. dem Kultusminister Prof. Dr. Lorz organisiert. Ein bereits geplantes Treffen mit der damaligen Ministerin Beer fand bedauerlicherweise nicht statt, es wurde von dem organisierenden Kreiselternbeirat eigenmächtig aus politischen Gründen abgesagt.

Beschlüsse

Der XX. Landeselternbeirat fasste Beschlüsse, Stellungnahmen und Positionen zu folgenden Themen:

- Inklusion
- G8/G9
- Änderung des Hessischen Schulgesetzes
- Schulverwaltungsorganisationsreformstrukturgesetz (SchVwOrgRSG)
- Pflichtstundenverordnung
- Hessisches Kinderförderungsgesetz (KiföG)
- Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes
- Gesetzentwurf für ein Gesetz über die Neuregelung schulischer Inklusion (GENESIS)
- G8 / G9 Angebot an hessischen Schulen und den Jahrgängen 5 und 6
- Gesetz zur Finanzierung von Ersatzschulen
- Cybermobbing
- Schulsozialarbeit
- Bildungsgipfel
- Bildungstreik
- Deutsche Gebärdensprache
- Enquetekommission
- Kostenfreies Mittagessen
- Schülerbeförderung
- Schulsystem
- Soziale Medien (Facebook /WhatsApp)

Die Stellungnahmen und Positionen können auf der Webseite heruntergeladen werden:

<http://leb-hessen.de/startseite/veroeffentlichungen/stellungnahmen-und-positionen/>

Mitgliedschaften

Der Landeselternbeirat ist Mitglied in verschiedenen Institutionen und Gremien. Für diese wurden folgende Personen benannt, die sich zusätzlich zu ihrer Arbeit im Landeselternbeirat engagieren.

- Im BER (Bundeselternrat): Horst Eigenwillig, Reiner Pilz (für Thomas Flach), Joachim Reifenberg, Joachim Moritz, Karen Anschutz, Katja Spengler, Walter Quanz, Ulrike Tönges, Martina Gilbert und Christine Hauck.
- Im HR (Hessischer Rundfunkrat): Reiner Pilz als Nachfolger von Kerstin Geis
- Im LPR (Landesrundfunkrat): Matthias Bedürftig.
- Im Landesschulbeirat: Reiner Pilz, Christine Hauck, Horst Eigenwillig, Heinz Buschmann, Walter Quanz
- Im Integrationsbeirat: Matthias Bedürftig als Nachfolger für Kerstin Geis sowie Gülsüm Polat-Yagmur
- In der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE): Tanja Pfenning

- In der zentralen Steuergruppe elan: Tanja Pfenning
- Im Bildungsgipfel: Karen Anschütz, Reiner Pilz, Ulrike Zapp, Katja Spengler, Christine Hauck, Tanja Pfenning
- In der Enquetekommission: Tanja Pfenning
- In der Landesvereinigung für Milch und Milcherzeugnisse Hessen e.V.: Horst Eigenwillig
- Im Fahrgastbeirat RMV: Claudia Schlafke

Seit 2013 ist der Landeselternbeirat außerdem Mitglied im Landesverband der Schulfördervereine Hessen e.V.

Bildungsgipfel

Im Sommer 2014 wurde der Bildungsgipfel einberufen. Der Bildungsgipfel hat insgesamt fünf Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit inhaltlichen Themen auseinandersetzen. Im Bildungsgipfel vertrat Karen Anschütz den Landeselternbeirat und leitete gemeinsam mit Staatsminister Grüttner die Arbeitsgruppe 3. Im Rahmen des Bildungsgipfels beschäftigte sich der LEB auch intensiv mit der Schulstruktur. Um Chancengleichheit und Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler gewährleisten zu können, ist aus seiner Sicht eine flächendeckende echte Ganztagschule mit multiprofessionellen Teams notwendig.

Ein wichtiger Teilaspekt guter Schule und ein verlässlicher Qualitätsstandard ist die Schulsozialarbeit, die als fester Bestandteil an allen Schulen eingerichtet werden muss.

Inklusion kann nach Auffassung des Landeselternbeirats nur in echten Ganztagschulen und integrierten Schulsystemen funktionieren, die eine gute finanzielle Ausstattung und eine angepasste Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte beinhaltet.

In den fünf Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels beschäftigte man sich u. a. mit folgenden Themen

- Steigerung der Bildungschancen und Anpassung von Schule und Schulsystem an die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler (Stärkung der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit)
- Weiterentwicklung der Hauptschulen
- Grundsätze der Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung demografischer Aspekte
- Heterogenität und multiprofessionelle Teams in inklusiven Schulen
- Spezifische Anforderung inklusiver Schulformen
- Übergang in die ausbildungs- und berufsbegleitende Weiterentwicklung
- Berufsorientierung
- Eignungs- und Kompetenzfeststellung für den Lehrerberuf
- Qualitätsverbesserung in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften

Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels stößt beim Landeselternbeirat auf Kritik. Auch die Größe der Arbeitsgruppen von 50-60 Personen macht ein intensives Auseinandersetzen mit den Themen nicht möglich.

Enquetekommission

Die Enquetekommission beschäftigte sich in ihren Sitzungen mit komplexen Fragenthemen, beispielsweise zur Überschaubarkeit und Effizienz des differenzierten, gegliederten Schulsystems und dessen Funktionsfähigkeit auf Anschlussfähigkeit, Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit. Aber auch mit den Auswirkungen des demografischen Wandels insbesondere im ländlichen Bereich und den Auswirkungen gesellschaftlicher und familiärer Änderungen auf pädagogisches Handeln in der Schule.

Für die Themenkomplexe werden regelmäßig Sachverständige eingeladen, die aus wissenschaftlicher Sicht die Fragen versuchen zu beantworten. Der Landeselternbeirat wünscht sich eine stärkere Vernetzung der eher wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Enquetekommission mit den doch meist interessensgeleiteten Positionen und Stellungnahmen des Bildungsgipfels.

elan

Das gemeinsame Projekt des hessischen Kultusministeriums und des Landeselternbeirats von Hessen, „**elan**“ hat im Jahr 2012 sein 10-jähriges Jubiläum in einem festlichen Rahmen im Biebricher Schloss gefeiert. Die Veranstaltung war gut besucht und gelungen.

2013 startete eine neue Qualifizierungsreihe für **elan**-Multiplikatoren. Die Bewerbungen waren zahlreich, so dass die Fachkoordination eine Auswahl treffen musste. Insgesamt starteten 28 neue Multiplikatoren ihre Ausbildung, von denen 26 ihre Ausbildung zum Jahresende 2014 abgeschlossen haben. Erfreulicherweise war auch Claudia Schlafke, Vertreterin der Realschulen (bis November 2013) bei der Qualifizierung dabei.

In der zentralen Steuergruppe vertritt Tanja Pfenning den Landeselternbeirat. Seit 2012 übernimmt sie auch die Buchhaltung für *elan*. Die Ausgaben werden nach Freigabe durch die Fachkoordination bezahlt. Seit Dezember 2012 steht dem Fachkoordinator Farid Ashrafian eine studentische Aushilfe zur Seite. Die Geschäftsführerin hat den Sitzungen der zentralen Steuergruppe, der landesweiten Dienstbesprechung und der landesweiten Fachtagungen teilgenommen. An einer landesweiten Fachtagung hat der Vorsitzende, Matthias Bedürftig teilgenommen und die Arbeit der *elanies* gewürdigt.

Für das **elan**-Projekt wurde eine externe Evaluation beauftragt, die auch mittlerweile abgeschlossen ist. Die Ergebnisse wurden in einer Sitzung der zentralen Steuergruppe von Herrn Dr. Jeck vorgestellt. Demnach werden die Seminare und die Kompetenzen der *elan*-Multiplikatoren durchweg positiv bewertet.

Einige Kritikpunkte gab es bei der internen Kommunikation. Die schriftliche Auswertung der Evaluation liegt uns als Kooperationspartner leider noch nicht vor.

HAGE

Der Vorstand der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE) hat festgestellt, dass eine langfristige strategische Ausrichtung der HAGE nötig ist. Die strategischen Ziele sollen auf gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. Die Entwicklung der Gesundheitsziele in Hessen sollen sich dabei an den Gesundheitszielen auf Bundesebene orientieren. Zur Begleitung des Prozesses wurde eine Agentur zur Organisationsentwicklung beauftragt. Die Geschäftsführerin Tanja Pfenning vertritt den Landeselternbeirat im Vorstand der HAGE.

Die Staatssekretärin Müller-Klepper ist als Vorstandsvorsitzende zurückgetreten. Das zuständige Sozialministerium hat Staatssekretär Wolfgang Dippel als neuen Vorsitzenden benannt. Die HAGE soll u. a. die Koordination des Projektes „schuleigene Pflegekräfte“ übernehmen. Hier wurde gebeten, den Landeselternbeirat in das Projekt mit einzubinden. Die HAGE organisiert regelmäßige Landeskonferenzen und Fachkongresse zu den Themen

- Gesund bleiben
- Gesund altern
- Gesund aufwachsen
- Gesund altern in der Kommune“

Um Gesundheitsförderung und Prävention zu stärken vergibt das Sozialministerium den Hessischen Gesundheitspreis, an dessen Auswahl die HAGE und Mitglieder der HAGE beteiligt sind. Jeweils ein Projekt aus den Kategorien „Gesund aufwachsen“, „Gesund bleiben“, „Gesund altern“ und „Gesund altern in der Kommune“ wurde mit dem Preis bedacht.

Gesetze, Richtlinien und Verordnungen

Im Rahmen der gesetzlichen Mitbestimmungsrechte befasste sich der Landeselternbeirat mit folgenden Verordnungen, Erlassen und Richtlinien:

VO über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB)	Zweimal abgelehnt
VO zur Änderung der VO über die hessischen Kerncurricula (Bildungsstandards und Inhaltsfelder) für die Primarstufe und die Sekundarstufe I	Zugestimmt
Bildungsstandards und Inhaltsfelder Islamische Religion für die Primarstufe	Zugestimmt
Erlass „Evangelische Kirchentage und Katholikentage“ zur Kenntnisnahme	Angehört
Erlass „Besuche von Abgeordneten in der Schule“	Angehört
Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung an mehrjährigen Berufsfachschulen mit Berufsabschluss	Zugestimmt mit Änderungswünschen
Erlass-Entwurf zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung in Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule sowie Schulen mit dem Bildungsgang im Förderschwerpunkt Lernen	Zugestimmt
Verordnung über die Zulassung von Schulbüchern und digitalen Lehrwerken	Zugestimmt mit Änderungswünschen

Lehrplan Berufsschule, Beruflicher Lernbereich; Berufsfeld Ernährung und Hauswirtschaft, Agrarwirtschaft und Holztechnik	Zugestimmt
Verordnung zur Änderung der Oberstufen- und Abiturverordnung	Zugestimmt
Entwurf des Kerncurriculums Islamische Religion – Ahmadiyya Muslim Jamaat für die Primarstufe	Zugestimmt
Verordnung zur Zulassung von Schulbüchern und digitalen Werken	Zugestimmt
Verordnung zur Änderung von Verordnungen zur Begründung von Zuständigkeiten des Landesschulamtes	Zugestimmt
Erlass Durchführung von pädagogischen Tagen	Angehört mit Änderungswünschen
Verordnung über die Aufsicht von Schülerinnen und Schülern (Aufsichtsverordnung- AUfsVO)	Angehört mit Änderungswünschen
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses	Zugestimmt mit Hinweis auf Ergänzungen zu Dyskalkulie und LRS
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufsicht über Schülerinnen und Schüler	Zur Kenntnis genommen
Erlass „Information von Eltern und volljährigen Schülerinnen und Schülern über die Datenverarbeitung in den Schulen“	Zur Kenntnis genommen

Darüber hinaus befasste er sich mit folgenden Gesetzen:

- Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz
- Kinderförderungsgesetz
- Ersatzschulfinanzierungsgesetz
- Gesetzentwurf über die Neuregelung schulischer Inklusion (GENESIS)
- Lehrerbildungsgesetz
- Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes (G8/G9)

Themenauswahl

Der Landeselternbeirat war in dieser Legislaturperiode stark mit vielen Themen beschäftigt, von denen nachfolgend einige kurz erläutert werden.

Demografischer Wandel

Der Rückgang der Schülerzahlen betrifft laut Prognosen insbesondere den ländlichen Bereich. Der demografische Wandel beinhaltet jedoch auch die große Möglichkeit, Schule neu zu überdenken sowie Strukturänderungen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen.

Bildungsangebote im ländlichen Raum müssen erhalten bleiben und sofern notwendig ergänzt werden (Oberstufenangebote), damit insbesondere unter dem Aspekt Erreichbarkeit, Schulwegezeiten, finanzielle Belastungen der Eltern durch Fahrtkosten die Chance auf Bildung im ländlichen Raum gleichrangig gegenüber der Situation in Städten ist.

Trotz rückläufiger Schülerzahlen muss mehr und nicht weniger in qualitativ gute Bildung, gut ausgebildetes Schulpersonal und in lebenslanges Lernen investiert werden.

Gebärdensprache

Im Rahmen der Inklusion beschäftigte sich der XX. Landeselternbeirat intensiv mit der Deutschen Gebärdensprache (DGS). Gehörlosen und hörgeschädigten Kindern wird das

Erlernen der DGS erschwert. Die DGS wird an hessischen Schulen nicht ausreichend gelernt und gelehrt.

Der Landeselternbeirat setzt sich stark dafür ein, dass Gebärdensprache als Fremdsprache anerkannt wird. Das setzt einen Beschluss der Kultusministerkonferenz voraus, für den der LEB beim Kultusministerium geworben hat. Die Anerkennung als Fremdsprache bedeutet, dass Schulen Gebärdensprache als weitere Fremdsprache (wie Chinesisch, Russisch, Japanisch) anbieten können.

Zudem setzte sich der LEB für die Anerkennung der DGS als Muttersprache ein. Gehörlose und hörgeschädigte Kinder kommunizieren in ihren Familien in DGS. Die Anerkennung als Muttersprache muss logischerweise erfolgen, da DGS eine anerkannte Sprache ist. Für die betroffenen bedeutet das folgerichtig, dass Deutsch eine Fremdsprache ist, wie für andere Kinder mit unterschiedlichen Herkunftssprachen auch.

G8 / G9

Überraschenderweise rückte das Thema G8 / G9 durch Ministerpräsident Volker Bouffier wieder ins Licht der Öffentlichkeit. Darauf aufbauend hat Frau Kultusministerin Beer einen Schulversuch gestartet, um G8 und G9 – unter gewissen Voraussetzungen – parallel an Gymnasien anzubieten. Die Einsicht der Landesregierung, dass G8 dringend eine Reform bedarf kommt zwar spät, aber es ist erfreulich, dass hier was getan wird. Die Umsetzung allerdings betrachtet der XX. LEB sehr kritisch und ist überzeugt, dass dieses Thema weiterhin stark diskutiert werden wird.

Mit der Novellierung des Hessischen Schulgesetzes wollte der Gesetzgeber erreichen, dass die Gymnasien und Kooperative Gesamtschulen selbst entscheiden können, ob sie den gymnasialen Bildungsgang in acht oder neun Jahren anbieten oder sogar parallel als „Y-Modell“. Der Landeselternbeirat begrüßte den Reformwillen der Kultusministerin. Dennoch haben viele Schulen in einigen Kreisen und Städten dieses zunächst gar nicht angenommen, so dass Eltern trotz gutem Willen keine Möglichkeiten hatten, ihre Kinder in G9 unterrichten zu lassen. Strittig war zunächst auch, ob die Klassen 5 und 6 bzw. 7 ebenfalls zurückkehren können. Hierzu hat der Landeselternbeirat zu einer Landespressekonferenz geladen.

In diesem Rahmen beschäftigte sich der XX. Landeselternbeirat intensiv mit dem Thema modularisierte Oberstufe, insbesondere dem „Abitur im eigenen Takt“, das vom Firstwald Gymnasium in Mößlingen organisiert und konzeptioniert wird. Zwei Mitglieder haben sich ausführlich bei einer Vernetzungstagung in Weimar informiert. Außerdem wurde eine Fachtagung mit den Kreis- und Stadtelternbeiräten hierzu durchgeführt, an der dieses Modell ausführlich erläutert wurde.

Inklusion

Nachdem im Jahr 2011 das Hessische Schulgesetz novelliert wurde, stand eine wichtige Reform der sonderpädagogischen Förderung an. Die neu geschaffene „Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen und Behinderungen“ soll Inklusion an hessischen Schulen regeln. Der Landeselternbeirat hat den Entwurf dieser Verordnung zweimal abgelehnt, da er aus Sicht des Landeselternbeirats nicht nur ein Spurenwurf darstellt sondern auch eine Verschlechterung von bereits bestehender Förderung von Kindern mit Beeinträchtigung.

Der Landeselternbeirat konnte nicht verhindern, dass die neue Verordnung „VOSB“ in Kraft getreten ist. Mit der VOSB häuften sich die Rückmeldungen, dass Inklusion in Schulen nicht umgesetzt werden kann, weil Ressourcen gestrichen werden. Förderschullehrkräfte werden über die Berufsförderzentren (BFZ) eingesetzt und können nicht mehr an einer Stammschule bleiben und vieles mehr.

Mehrfach hat der Landeselternbeirat betont, dass Inklusion nicht zum „Nulltarif“ zu haben ist. Im Rahmen der Inklusion beschäftigte sich der Landeselternbeirat mit dem Gesetzentwurf der SPD „Über die Neuregelung schulischer Inklusion (GENESIS)“, der weitestgehend die Forderung von Eltern enthielt.

Außerdem beschäftigte sich der LEB mit dem Konzept für eine Qualifizierung „Fachkraft für Inklusion“, das die Berufliche Schule am Gradierwerk (BSG) vorgestellt hat. Das Konzept hat die Mitglieder der AG Inklusion überzeugt und hat deshalb den Wunsch der Schule, diese als staatlich anerkannte Zusatzqualifikation anzuerkennen unterstützt. Die Schule bezifferte die zu erwartenden Kosten auf 1,5 Lehrerstellen in vier Jahren. Das Kultusministerium hat der Anerkennung dieser Qualifizierung nicht zugestimmt.

Islamische Religion

Als historischen Schritt betrachtete der XIX. Landeselternbeirat den Bildungsstandard „Islamische Religion“, dem er im Mai 2012 zugestimmt hat. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens beschäftigte sich auch der XX. Landeselternbeirat mit Islamischer Religion. Die Glaubensgemeinschaft „Ahmaddiya Muslim Jamaat“ hat einen eigenen Bildungsstandard herausgearbeitet, der sich jedoch nur in einem Wort zu dem bereits 2012 zugestimmten Bildungsstandard „Islamische Religion“ unterschied.

Mit dem in deutscher Sprache stattfindenden islamischen Religionsunterricht, wird Schülerinnen und Schülern dieser Glaubensrichtung ermöglicht, ihre eigene religiöse Identität kritisch-reflexiv zu betrachten und damit zu einem besseren Verständnis in der Gesellschaft beitragen. Deshalb hat der Landeselternbeirat auch diesem Entwurf zugestimmt.

Jugendmedienschutz

Unsere Kinder wachsen mit Computer, Internet und Handy auf. Digitale Medien bedeuten große Chancen und Möglichkeiten – sie bergen aber auch Gefahren! Medienkompetenz bekommt einen immer höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft. Zu diesem Thema hat

der XX. Landeselternbeirat eng mit dem ehemaligen Jugendmedienschutzbeauftragten des Hessischen Kultusministeriums, Herrn Günter Steppich zusammengearbeitet. Der gemeinsam veröffentlichte Flyer war rasant schnell vergriffen und wurde jährlich in einer neuen Auflage veröffentlicht.

Mit dem Kreis- und Stadtelternbeiräten wurde eine Fachtagung durchgeführt, bei der Herr Steppich referierte. Besonders die Gefahren der Social Media, Sexting und Cybermobbing waren Schwerpunktthemen, aber auch die sogenannten „Tablet-Klassen“ und der Umgang mit sozialen Netzwerken zwischen Lehrkräften und Lernenden.

Auch das Thema Verkehrssicherheit wurde in diesem Zusammenhang diskutiert, da die Medien verstärkt darüber berichten, dass Kinder in Unfälle verwickelt werden, die von Kopfhörern oder Smartphones beim Laufen abgelenkt werden. Im Jahr 2014 hat der Landeselternbeirat unter dem Thema „Medienschutz – gefällt mir!“ ein Elternforum durchgeführt, das verschiedene Aspekte der Gefahren, aber auch den richtigen Umgang mit den neuen Medien beleuchtete. Einen ausführlichen Bericht zum 10. Hessischen Elternforum ist auf der Webseite hinterlegt: <http://leb-hessen.de/fuer-eltern/elternforen/10-hef/>

Kinder nichtdeutscher Herkunft

Im Hinblick auf aktuelle Zuströme von Asylsuchenden hat sich der Landeselternbeirat auch mit diesem Thema beschäftigt. Hier sind große Anstrengungen notwendig, damit auch asylsuchende Kinder frühzeitig an Bildung teilhaben können und die Möglichkeit bekommen, die Sprache zu lernen um somit am Arbeits- und Bildungsmarkt teilzuhaben.

Aus Sicht des Landeselternbeirats müssen noch viel stärkere Anstrengungen unternommen werden, um Menschen mit Migrationshintergrund sprachlich, schulisch und gesellschaftlich zu fördern. Bildung muss unabhängig jeglicher Herkunft und dem sozialen Hintergrund für alle möglich werden.

Auch der Übergang von Schule und Beruf muss mit neuen Ideen und Konzepten so gestaltet werden, dass Jugendliche bei Ihrer Berufsorientierung gestärkt werden. Auch ältere Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund müssen mehr gefördert werden. Hier müssen die beruflichen Schulen stärker eingebunden werden.

Schülerbeförderung

Das Thema Schülerbeförderung begleitet den Landeselternbeirat bereits viele Jahre. Hier gibt es immer wieder Handlungsbedarf beim Thema Schulwegsicherheit, Bus- und Personaldienstleistungen und der Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung. Der XX. Landeselternbeirat fordert eine freie Schülerbeförderung bis einschließlich der Sekundarstufe II. Außerdem müssen Wegstrecken, Fahrzeuge und das Fahrpersonal so ausgewählt und ausgestattet sein, dass die Kinder sicher und gefahrlos zur Schule kommen können. Die ausführliche Stellungnahme ist hier abrufbar: <http://goo.gl/uObMv7>

Schulsozialarbeit

Als wichtigen Baustein in Schule, insbesondere in Ganztagschulen sehen hessische Eltern die Schulsozialarbeit. Die Bedeutung von Schulsozialarbeit für die Qualität der Schulen ist weitestgehend unstrittig. Schulsozialarbeit fällt in die Aufgaben der Kommunen. Die Belastungen der Kommunen sind jedoch so hoch, viele stehen unter dem sogenannten „Rettungsschirm“, dass Schulsozialarbeit nicht überall und schon gar nicht in gleichwertiger Qualität angeboten werden kann. Der Landeselternbeirat und die hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte haben hierzu eine Resolution veröffentlicht und fordert die Landesregierung hierin auf, die Kommunen entsprechend zu unterstützen. <http://goo.gl/DTJ9yA>

Wahlprüfsteine

Vor Landtagswahlen erarbeitete der Landeselternbeirat sogenannte Wahlprüfsteine zum Thema Bildung für die Landtagsfraktionen. Die Antworten wurden den Eltern zur Verfügung gestellt, damit sie sich ein Bild machen können. <http://leb-hessen.de/fuer-eltern/wahlpruefsteine/>

Die Antworten wurden zudem mit den bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern in einer Abendveranstaltung im Mathematikum Gießen diskutiert.

Im Rahmen der Landtagswahlen nahmen Mitglieder des Landeselternbeirats an vielen unterschiedlichen politischen Veranstaltungen aller Parteien teil. Zudem wurden zahlreiche Pressetermine wahrgenommen.

Über diese Themen hinaus beschäftigte sich der Landeselternbeirat mit vielen weiteren Themen, wie

Abiturprüfungen
Arbeitsverträge Lehrkräfte
Asyl- und Flüchtlingskinder
Ausländerbeirat
Berufsorientierung
Bundeswehr
Ersatzschulfinanzierungsgesetz
Ferienregelungen
Förderbedarf / Förderpläne
Ganztagschule
Gestufte Berufsfachschule
Gewalterfahrung im öffentlichen Raum
Hessisches Schulgesetz, Elternrecht
Informatik
Islamkritik
Kinderförderungsgesetz
Kindesmissbrauch
Klassenarbeiten
Klassengrößen
Landesschulamt
Lebenskompetenzen
Lehrerbildungsgesetz
Lehrerkompetenzen / Lehrerfortbildung
Leistungsbewertung von Schülervertreter/Innen

Lernschwächen
Mediennutzung und Verkehrssicherheit
Mobbing
Modularisierte Oberstufe Pakt am Nachmittag
Rechtsstreitigkeiten Lehrkräfte / Elternvertreter
SchuB
Schulaufsicht
Schulleiterbesetzungsverfahren
Schulpsychologie
Schulschließungen
Schulwechsel
Schulwegsicherheit
Schwimmunterricht / Schulausflüge
Sexualkundeunterricht in Förderschulen
Sexuelle Gewalt an Kindern
Sexuelle Gewalt unter Gleichaltrigen
Triangulierte Gespräche
Unterrichtsausfall
Verkehrserziehung und Mobilität / Verteilerkonferenz
Viren und Pandemien in Schulen
Wahlen der Elternvertretungen
Wahlrecht
Werbung an Schulen
Zeugnisse

Wahlprüfungskommission

Die Wahlprüfungskommission (WPK) wurde am 24.06.2012 berufen. Ihr gehören folgende Personen an: Wolfgang Wenzel (Vorsitzender), Winfried Möller (Stellvertreter) sowie die Beisitzer Sylvia Jung, Thomas Rück und Klaus Naumann. Für Klaus Naumann rückte am 8.11.2012 Ulrich Pilatus nach.

Die WPK hat ihre Verfahrensordnung erstellt und durch das Hessische Kultusministerium genehmigen lassen. In der Legislaturperiode hat die WPK hat sich außerdem zusammengefunden, um über folgende Einwände zu beraten:

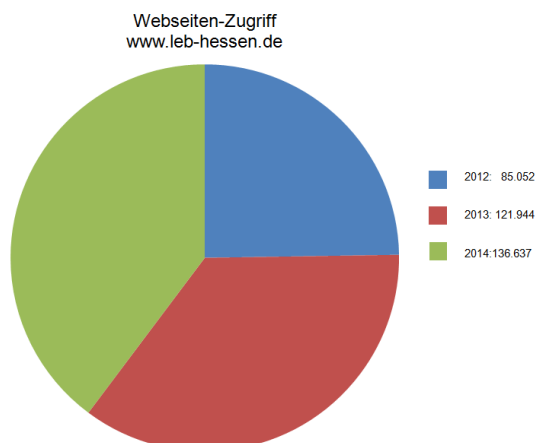
- Einwand gegen die Wahl im Kreiselternbeirat Limburg-Weilburg
- Einwand gegen die Wahl im Kreiselternbeirat Wetteraukreis
- Einwand der Berufung der Ersatzvertreterin im LEB für die Schulform „Berufliche Schulen“
- Anfechtung der Wahl der Schulformsprecher im Stadelternbeirat Wiesbaden
- Anfechtung für die Neuwahl des Vorstandes des Landeselternbeirats

In allen fünf Einwänden wurden die Einsprüche zurückgewiesen. Diese begründen sich zum einen durch Fristablauf, zum anderen waren die Einsprüche nicht begründet. In den letzten beiden Fällen sah sich die Wahlprüfungskommission nicht zuständig, da zum einen nur wahlberechtigte Personen eine Wahl anfechten können und es sich zum anderen bei diesen Wahlen um interne Angelegenheiten der Gremien handelte.

Internet

Der Zugriff und die Rückmeldungen zum Internetauftritt und dem Newsletter entwickeln sich weiterhin sehr positiv. Der Zugriff auf die Webseite www.leb-hessen.de steigt kontinuierlich. Während die Zahl der Newsletter-Abonnenten nur leicht steigen (2012: 848/ 2013: 952, 2014: 1.018), verzeichnet der Zugriff auf die Webseite Zuwachs von 30% im Jahr 2013 und weitere 12% im Jahr 2014.

Die Top 10 der am meisten aufgerufenen Seiten:



1. FAQ
2. News
3. Termine und Veranstaltungen
4. Wissenswertes – Schulsystem Hessen
5. Elternmitbestimmung
6. Elternthemen – Leistungsschwächen
7. Elternthemen – Förderpläne
8. Gesetze und Verordnungen
9. Elternmitbestimmung - Klassenkonferenz
10. Wahlprüfsteine

Die meist abgerufene Datei war die Elternbroschüre „*Worüber Eltern informiert sein sollten*“, gefolgt vom „*Ratgeber von Eltern für Eltern*“.

Dabei finden die meisten (ca. 40%) den Weg zu unserer Webseite über die Direkteingabe www.leb-hessen.de. 13 % finden uns über Google, die anderen über weitere Suchmaschinen oder Verlinkungen von anderen Webseiten. Die Top 5 der Suchbegriffe, die zu unserer Seite verweisen sind dabei:

1. schulsystem hessen
2. einschulung hessen
3. kann kind hessen
4. landeselternbeirat hessen
5. schulgesetz hessen klassenarbeiten

Resümee

Der XX. Landeselternbeirat hat sich mit viel Tatendrang und Energie dafür eingesetzt, das Recht der hessischen Eltern zur Mitbestimmung an der Schule im Sinne unserer Kinder mit Leben zu füllen. Die Landtagswahlen und der Bildungsgipfel waren in dieser Legislaturperiode sehr dominierend, aber auch wichtige Themen wie G8/ G9, Inklusion und Schülerbeförderung.

Die Mitglieder waren unterschiedlich stark motiviert, was sicherlich teilweise auch an der weiten Anreise, aber auch an den unterschiedlichen persönlichen Interessen und Vorstellungen von Gremienarbeit lag.

Dennoch konnten viele Initiativen in die Wege geleitet werden. Viele Standpunkte der Eltern konnten in Politik und Gesellschaft zu Diskussionen anregen. Teilweise konnten die Argumente erfolgreich im Kultusministerium eingebracht und in Verordnungen wiedergegeben werden, an anderen Stellen konnte der Landeselternbeirat auch mit den vernünftigsten Argumenten leider nicht weiterkommen.

Auch der XX. Landeselternbeirat hat sich sehr dafür eingesetzt, dass Inklusion an hessischen Schulen möglich wird. Ob das mit den gegebenen Rechtsmitteln möglich sein wird, wird uns die Zukunft zeigen.

Außerdem hat er sich sehr dafür eingesetzt, dass Gymnasien zu G9 zurückkehren können, insbesondere auch die Klassen 5 und 6. Die Änderung des Hessischen Schulgesetzes kann nicht befriedigend sein und ermöglicht nicht allen Kindern eine Wahlfreiheit für G9.

Durch leider immer wieder veröffentlichte Fälle von Kindesmissbrauch, hat sich der Landeselternbeirat dem Thema „Kein Raum für Missbrauch“ auf seinem 8. Hessischen Elternforum angenommen. In den weiteren Elternforen hat er sich intensiv mit einem integrierten Schulsystem und dem Jugendmedienschutz beschäftigt.

Die Arbeit im Bildungsgipfel ist von Skepsis geprägt. Hier wurde in Kooperation mit anderen Verbänden beschlossen, den Kultusminister zur Korrektur der Zusammensetzung und den inhaltlichen Auseinandersetzungen zu bewegen. Ob dies Früchte trägt, bleibt abzuwarten.

Den Eltern war der Landeselternbeirat und die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle in vielerlei Hinsicht Ansprechpartner und konnte mit Beratung oft zur Seite stehen.

Einige Mitglieder haben an einer Vielzahl von Podiumsdiskussionen, Arbeitskreisen, Treffen und Sitzungen mit Verbänden, Gremien und Institutionen teilgenommen. Möglichkeiten zum Austausch und Diskussionen wurden genutzt, um die Meinungsbildung und Argumentationen zu stärken und im bildungspolitischen Kontext weiter zu geben.

Einige Mitglieder des XX. Landeselternbeirats werden sich wieder zur Wahl stellen, andere werden aus verschiedenen Gründen nicht mehr kandidieren.

Allen Mitgliedern des XX. Landeselternbeirats ein herzliches Dankeschön für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Mai 2015



Matthias Bedürftig



Karen Anschütz



Reiner Pilz

Anlage 1

Titel	
VO über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB)	Zweimal abgelehnt
VO zur Änderung der VO über die hessischen Kerncurricula (Bildungsstandards und Inhaltsfelder) für die Primarstufe und die Sekundarstufe I	Zugestimmt
Bildungsstandards und Inhaltsfelder Islamische Religion für die Primarstufe	Zugestimmt
Erlass „Evangelische Kirchentage und Katholikentage“ zur Kenntnisnahme	Angehört
Erlass „Besuche von Abgeordneten in der Schule“	Angehört
Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung an mehrjährigen Berufsfachschulen mit Berufsabschluss	Zugestimmt mit Änderungswünschen
Erlass-Entwurf zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung in Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule sowie Schulen mit dem Bildungsgang im Förderschwerpunkt Lernen	Zugestimmt
Verordnung über die Zulassung von Schulbüchern und digitalen Lehrwerken	Zugestimmt mit Änderungswünschen
Lehrplan Berufsschule, Beruflicher Lernbereich; Berufsfeld Ernährung und Hauswirtschaft, Agrarwirtschaft und Holztechnik	Zugestimmt
Verordnung zur Änderung der Oberstufen- und Abiturverordnung	Zugestimmt
Entwurf des Kerncurriculums Islamische Religion – Ahmadiyya Muslim Jamaat für die Primarstufe	Zugestimmt
Verordnung zur Zulassung von Schulbüchern und digitalen Werken	Zugestimmt
Verordnung zur Änderung von Verordnungen zur Begründung von Zuständigkeiten des Landesschulamtes	Zugestimmt
Erlass Durchführung von pädagogischen Tagen	Angehört mit Änderungswünschen
Verordnung über die Aufsicht von Schülerinnen und Schülern (Aufsichtsverordnung- AUfsVO)	Angehört mit Änderungswünschen
Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses	Zugestimmt mit Hinweis auf Ergänzungen zu Dyskalkulie und LRS
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufsicht über Schülerinnen und Schüler	Zur Kenntnis genommen
Erlass „Information von Eltern und volljährigen Schülerinnen und Schülern über die Datenverarbeitung in den Schulen“	Zur Kenntnis genommen



Anlage 2

Wahlprüfungskommission LEB*Wolfgang Wenzel* Obergasse 14* 35435 Wettenberg

Wolfgang Wenzel
Vorsitzender der Wahlprüfungskommission
Obergasse 14
35435 Wettenberg
Telefon: (0641) 98 04 30
Telefax: (0641) 98 04 32
E-Mail: wahlpruefungskommission@leb-hessen.de

Datum: 17. März 2015

Rechenschaftsbericht der Wahlprüfungskommission beim XX. Landeselternbeirat von Hessen

Die Wahlprüfungskommission wurde in ihrer Amtsperiode fünfmal angerufen.

Zu entscheiden waren:

2 Einsprüche gegen die Wahl eines Kreiselternbeirats,
2 Einsprüche gegen die Besetzung eines Vorstandspostens sowie
eine Frage der Nachfolge im Amt.

In allen fünf Fällen wurden die Einsprüche zurück gewiesen.

Diese Zurückweisungen begründeten sich

einmal durch Fristablauf,
zweimal waren die Einsprüche unbegründet.

In den beiden Fällen der Besetzung von Vorstandsposten sah sich die Wahlprüfungskommission als nicht zuständig an, da es sich hierbei um interne Angelegenheiten der Gremien handelte und sich eine Zuständigkeit aus den §§ 26 bis 29 der Wahlordnung nicht herleiten ließ.

Wolfgang Wenzel